

3 **Altes Problem im neuen Gewand**
Die LKW und die Hoval leiden nach wie vor unter Lieferengpässen.

9 **Der Mensch erliegt dem Wohlstand**
«Low-Tech»-Häuser sollen wieder zurück zu den Wurzeln führen.

17 **Erneut knapp gescheitert**
Wimbledon ohne von Deichmann
Drei-Satz-Niederlage im Qualifikations-Endspiel

ANZEIGE



Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Freitag, 24. Juni 2022
145. Jahrgang Nr. 116

Heute

«Haus Rhi» Parkhaus wird eröffnet

Um 18 Uhr wird das «Parkhaus Rhi» in Gamprin-Bendern mit Ansprachen und Einsegnung eröffnet. Zudem ist das «Haus Rhi» (Eigentümer: Gemeinde und Bendura Bank AG) zu besichtigen.

Inland Im Rahmen der Schaaner Zentrumsgestaltung erhält nun auch das Kunstwerk am Bau-Werk auf dem Lindaplatz einen neuen Anstrich. Nach zwölf Jahren sollen die Betonplatten neu eingefärbt und aufgefrischt werden. **Seite 3**


Inland Mit dem neuen Statistikportal.li will das Amt für Statistik seine Veröffentlichungen und Daten künftig übersichtlicher und zugänglicher gestalten und an einem Ort sammeln. **Seite 5**

Inland Landtag, Regierung und Grossparteien stehen der Initiative zur Abschaffung der Franchise für Rentner ablehnend gegenüber. Nun wird darüber entschieden. In diesem Beitrag werden sozioökonomische Hintergründe dieser Entlastungsmassnahme beleuchtet. Ein Erklärstück von Marcus Büchel. **Seite 11**

Wirtschaft Die Liact AG präsentierte gestern das diesjährige Rahmenprogramm der Lihga vom 16. bis 18. und 21. bis 24. September 2022. **Seite 13**

Sport Neuer Mann an der Spitze des Liechtensteiner Bob- und Skeleton-Clubs. Nach zwölf Jahren übergab Präsident Iwan Ackermann sein Amt an den bisherigen Vize Elmar Kindle. **Seite 18**

Panorama Die afghanischen Behörden melden nach dem schweren Erdbeben mehr als 1000 Todesopfer und mindestens 1500 Verletzte. Die Zahl könnte noch weiter steigen. **Seite 24**

Wetter Wolken, etwas Sonne vor allem am Nachmittag Gewitter. **Seite 22**  **17° 24°**

Inhalt

Inland	2-11	Kultur	20-21
Ausland	12	Kino/Wetter	22
Wirtschaft	13-16	TV	23
Sport	17-19	Panorama	24

Fr. 2.50 www.volksblatt.li



«2G-Gesetz»: Ein Antrag auf direkte Volksabstimmung ist gewiss

Sonderlandtag Am 29. Juni soll der Landtag die gesetzliche Grundlage schaffen, damit die Regierung im Bedarfsfall wieder 2G einführen kann. Mindestens zwei Abgeordnete wollen das Volk entscheiden lassen - findet sich dafür eine Mehrheit?

VON DANIELA FRITZ

Zuerst 3G, dann 2G: Die Zertifikatspflicht spaltete die Gemüter. Im Mai 2022 stellte der Staatsgerichtshof fest, dass die Regierung mit der Einführung der 2G-Pflicht gegen die Verfassung verstossen hatte. Nicht, weil die Massnahme unverhältnismässig sei, sondern weil es bei einem solchen Eingriff in die Grundrechte ein Gesetz benötigt. Die entsprechende Gesetzesvorlage liegt mittlerweile vor, der Landtag soll in einer Sondersitzung am 29. Juni darüber entscheiden. Sie beantragte abschliessende Behandlung - wohl auch um genügend Puffer zu haben, sollte es zu einer Volksabstimmung kommen.

Elkuch kündigt Antrag an

Und diese wird immer wahrscheinlicher: Wie der DpL-Abgeordnete Herbert Elkuch auf «Volksblatt»-Anfrage exklusiv verrät, wird er einen Antrag auf Volksabstimmung stellen, sollte der Landtag das Gesetz absegnen. «Ob 2G geeignet ist, darf und muss hinterfragt werden», so Elkuch. Die Fallzahlen seien zu Beginn des Jahres trotz 2G hoch gewesen. Gleichzeitig wäre dies eine gravierende Einschränkung für viele gewesen. «Es stellt sich die Frage, ob eine Bevölkerungsgruppe, die nichts verbrochen hat, gesund ist und die keine erkennbare Gefahr für die Allgemeinheit darstellt, dermassen eingeschränkt werden soll», so Elkuch. Der DpL-Abgeordnete findet, es gibt weniger einschneidende Möglichkeiten, um eine Übertragung zu vermeiden: «Mit Abstand, Hygiene, Masken, guter Lüftung und Rücksicht kann schon viel erreicht werden.» Die Gretchenfrage wird sein, wie die anderen 24 Abgeordneten dazu stehen. Auf Anfrage hatte zwar noch keine Partei eine Fraktionsmeinung festgelegt, aber zumindest Daniel Oehry (FBP) und Georg Kaufmann (FL) sprachen sich in einer ersten



In den sozialen Medien kündigten einige Massnahmegegner bereits an, bei der Landtags-sitzung «Präsenz zu zeigen». (Foto: Michael Zanghellini)

Reaktion dagegen aus, einen solchen Antrag zu unterstützen.

Gemischte Reaktionen

«Das Volk hat bereits mit der Landtagswahl den Coronakurs bestätigt», erinnert Oehry. Dies habe sich nochmals darin bestätigt, als die Volksabstimmung zur Abwahl des Landtags nicht zustande kam. «Wenn wir kein 2G als Massnahme haben, dann können wir nur alles schliessen oder alles offen lassen», so Oehry mit Verweis darauf, dass es möglichst kein Regelungsgefälle zu den Nachbarn geben sollte. Es sei daher nötig, die Option auf eine 2G-Pflicht zu haben. «Ob wir sie brauchen, wird der Herbst zeigen», meinte der FBP-Abgeordnete. Auch Georg Kaufmann (FL) betonte, dass ein Alleingang Liechtensteins bei den Coronamassnahmen nur begrenzt möglich sei. Die Regierung habe ihren Spielraum jedoch immer wieder genutzt, verwies Kaufmann etwa auf den Schulbereich. «Die Regierung hat ihre Freiräume genutzt und wird es auch in Zukunft tun. Mit

dieser Gesetzesänderung reagiert sie nun schnell auf einen Entscheid des Staatsgerichtshofs, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Sie nimmt damit ihre Verantwortung wahr in der Hoffnung, diesen Gesetzesartikel nicht anwenden zu müssen. Auch ich habe diese Hoffnung», so Kaufmann. Er hält es jedoch für durchaus realistisch, dass sich im Hohen Haus eine Mehrheit für Elkuchs Antrag finden wird.

In Manfred Kaufmann (VU) würde Elkuch jedenfalls einen ersten Unterstützer finden. Er hofft zwar, dass keine Massnahmen mehr nötig sein werden. Damit die Regierung im Bedarfsfall zeitnah reagieren könne, bedürfe es aber eines beschleunigten Prozesses. Die ansonsten übliche Referendumsfrist von 30 Tagen würde laut Kaufmann zu viel Zeit in Anspruch nehmen und sich somit negativ auf die Handlungsfähigkeit der Regierung auswirken. «Deshalb empfehle ich aufgrund dieser Situation, dass sich der Landtag für eine direkte Vorlage an das Stimmvolk ausspricht», so Kaufmann.

Schliessungen gelte es jedenfalls unbedingt zu vermeiden, der VU-Abgeordnete befürchtet andernfalls den finanziellen Ruin einiger Unternehmen. «Als eine persönlich bevorzugte Möglichkeit könnte ich mir bei Notwendigkeit die Einführung der 3G-Regel vorstellen», so Kaufmann. So könnten Ungeimpfte am gesellschaftlichen Leben teilnehmen: «Eine Spaltung der Gesellschaft sollte mit aller Kraft verhindert werden. Dies muss unser aller Ziel sein und ich bin sicher, dass das auch das Ziel unserer Regierung ist.»

Referendum ohnehin möglich

Im Landtag ist man also durchaus geteilter Meinung, ob man das Gesetz dem Volk vorlegen will. Selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte: Innerhalb von 30 Tagen könnten 1000 Stimmberechtigte eine solche verlangen. Eine Chance, die die Massnahmegegner durchaus ergreifen könnten. In den sozialen Medien wird jedenfalls bereits dazu aufgerufen, bei der Landtags-sitzung «Präsenz zu zeigen».

Vor Einführung Impfpflicht in Österreich Geschichte

WIEN Die derzeit ausgesetzte Impfpflicht gegen das Coronavirus fällt endgültig. Darauf haben sich die Regierungsparteien geeinigt, teilten Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) und ÖVP-Klubobmann August Wöginger bei einer Pressekonferenz am Donnerstag mit. «Die Impfpflicht bringt niemanden zum Impfen», so Rauch. Sie habe auch tiefe Gräben in Vereine, Betriebe und Familien gerissen. Derzeit ist die Massnahme bis 31. August per Verordnung ausgesetzt. Die Impfpflicht sei unter anderen Voraussetzungen eingeführt worden, meinte Rauch. Damals sei Delta die dominierende Variante gewesen,

die für hohe Hospitalisierungsraten gesorgt habe. «Die Intensivstationen waren an der Grenze der Belastbarkeit.» Auch er selbst habe die Impfpflicht damals befürwortet, betonte der Minister. «Aber Omikron hat die Regeln verändert.» Mit der neuen Variante sei die Wirksamkeit der Impfung gegen Ansteckungen reduziert worden. Auch grundsätzlich impfwillige Personen seien mittlerweile schwieriger von der Notwendigkeit einer Auffrischung zu überzeugen, so Rauch. Obwohl man jetzt vom «Katastrophenmodus» hin zu einer «Phase des Lebens mit dem Virus» geht, bleibe die Impfung - neben dem Tra-

gen von Masken und dem Testen - aber dennoch ein wichtiges Mittel, dem Virus zu begegnen, betonte Rauch. Und auch der Grüne Pass werde vorerst einmal bleiben. Auf neue, möglicherweise auch wieder gefährlichere Mutationen will die Regierung mit einem Variantenmanagementplan reagieren. «Wir nehmen von der Pflicht Abstand, aber das Impfen bleibt weiterhin eine wichtige Massnahme», betonte auch Wöginger. Daher werde auch eine Auffrischungsimpfung kommen «und die werden wir auch brauchen». Wie die Pläne der Regierung konkret aussehen, wurde am Donnerstag nicht verraten. (red/apa)

Sport Nationalspieler Philipp Gassner will Profi werden und ist auf der Suche nach einem neuen Verein. **Seite 19**

ANZEIGE

s' PopUp
JETZT GEÖFFNET!
im Subway Vaduz

Scannen & mehr erfahren

